

Commission
Internationale
pour la
Protection
des Alpes

Internationale
Alpenschutz-
kommission

Commissione
Internazionale
per la Protezione
delle Alpi

Mednarodna
komisija za
varstvo Alp

Deutschland
Frankreich
Italien
Liechtenstein
Österreich
Schweiz
Slowenien



Die EU und die Alpen

Wenn die EU nicht zum Berg kommt...

Liebe Leserin, lieber Leser

Geographisch liegen die Alpen in der Mitte Europas. Im Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sind sie jedoch sehr oft Peripherie: die wichtigen Entscheidungen werden ausserhalb des Alpenraums, in den Hauptstädten getroffen, zunehmend auch in Brüssel oder Strassburg.



fen. Obwohl die CIPRA als kritischer Beobachter sehr oft Skepsis und Vorbehalte gegenüber verschiedensten Formulierungen in der Alpenkonvention anbringt, müssen wir doch feststellen, dass die Alpenkonvention bis jetzt das anspruchsvollste Konzept der nachhaltigen Entwicklung für eine grössere Region darstellt. Es ist auch ein bestechendes Konzept für die Zusammenarbeit innerhalb einer Region. Mit der Alpenkonvention wird das viel beschworene Europa der Regionen von der Leerformel zum konkreten Konzept.

Angesichts der Bedeutung der Alpenkonvention im europäischen Kontext, überrascht das laue Engagement der Europäischen Union. Die federführende EU-Kommissarin Margot Wallström hat der CIPRA auf den entsprechenden Vorwurf geantwortet, dass die EU die Alpenkonvention zwar als sehr wichtig und wertvoll erachte, aber leider personell nicht in der Lage sei, an Sitzungen teilzunehmen. Für die CIPRA ist dies nicht eine Frage des Personals, sondern eine Frage der Prioritäten, und hier werden die Prioritäten eindeutig falsch gesetzt.

Editorial

Bekanntlich gelten die Alpen als ökologisches Frühwarnsystem, wo die Folgen von ökonomischen Fehlentwicklungen, zum Beispiel beim Verkehr, schneller und drastischer zu beobachten sind als in der Ebene. Wer die Entwicklung im Alpenraum aufmerksam verfolgt, kann frühzeitig Schlüsse ziehen und auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen hinwirken.

Mit der Alpenkonvention, die vor genau zehn Jahren unterzeichnet wurde und seit 1995 in Kraft steht, haben die acht Alpenländer und die Europäische Union ein zukunftsweisendes Vertragswerk geschaf-

Was können, was sollen wir tun? Wir dürfen nicht darauf warten, dass die Europäische Union eine Politik für die Alpen formuliert. Im Gegenteil: Wir müssen selber aktiv werden, im Alpenraum zusammen spannen und uns in Europa Gehör verschaffen, und zwar alle Akteure – ob Bürgerinnen oder Bürger, ob Abgeordnete oder Mitwirkende in Bürgerinitiativen. Anders gesagt, in Anlehnung an ein Sprichwort: Wenn die EU nicht zum Berg kommt, muss der Berg zur EU gehen.

*Andreas Weissen,
Präsident CIPRA-International*

Titelseite:

© Gesellschaft für ökologische Forschung e.V.,
München

INHALT



● **CIPRA
Jahresfachtagung**

- 4 Die europäische Regionalpolitik
- 5 Die europäische Landwirtschaftspolitik

Alpenweite Netzwerke

- 6 Das Gemeindefachtagung tagte in Liechtenstein
«Gemeinde der Zukunft»
- 7 Indikatoren der Nachhaltigkeit –
eine zukunftsweisende Perspektive



● **Alpenkonvention
Publikationen**

- 8 «Bevölkerung und Kultur»: ein Schlüsselprotokoll
- 9 Alpenstädte – Zwischen Metropolisation und
neuer Eigenständigkeit

Bergfotokalender aus Zentralasien



● **Weissbuch/
Schwarze Liste**

- 10 «Die Schule und mein Dorf» –
ein Projekt der Gemeinde Budoia

Studie für ein neues Skigebiet

● **News**

- 11 INTERREG III – grenzüberschreitende Zusammenarbeit

GVO-freie ökologisch sensible Gebiete
- 12 EU-Weissbuch zum Verkehr:
Entkopplung und Effizienz, aber wann?
- 13 Strassentunnels in den Alpen: Europa krankt am Verkehr

Compagnie des Alpes: Ein Monopol zeichnet sich ab
- 14 Wechsel im CIPRA-Vorstand

SOS! Motorschlitten im Val Maira
- 15 Alpenstadt: Die Sechste
- 16 Binding-Preis 2001 an die CIPRA



VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft, Nichtregierungs-Organisationen und der EU haben an der Jahreskonferenz von CIPRA-International in Chambéry zum Thema «Die EU und die Alpen» ihre Visionen und Meinungen ausgetauscht und diskutiert. Sie finden im Folgenden eine kurze Zusammenfassung dieses Tages und seiner Debatten. Die zwei behandelten Hauptthemen waren die Regional- und die Landwirtschaftspolitik, die für sich allein mehr als 70% des EU-Haushaltes beanspruchen. Die Vorträge und Diskussionen werden Anfang 2002 im Tagungsband zur Konferenz veröffentlicht.

Die europäische Regionalpolitik



© CIPRA-International

An der CIPRA-Jahreskonferenz in Chambéry wurde die sozioökonomische und kulturelle Vielfalt von den Vortragenden als Hindernis für eine kohärente Alpenpolitik der EU dargestellt. Diese Tatsache, die im Grunde genommen den Reichtum der Alpen ausmacht und dieses Gebiet als Versuchsgebiet für ein nachhaltiges Europa geradezu prädestiniert, wirft die Frage nach dem Aufbau und der Umsetzung einer effizienten Subsidiarität in der EU auf. Die derzeitige Restrukturierung der europäischen Regionalpolitik liefert noch keine Antwort auf die Frage der Kompetenzverteilung auf die verschiedenen politischen Ebenen.

Im Kongresszentrum «Le Manège» in Chambéry drehte sich alles um die EU und die Alpen.

Red. Die EU-Regionalpolitik wird revidiert. Die sektorale Politik wird von einem territorialen Ansatz abgelöst werden. Die sektorale Einflussnahme entsprach den Interessen der Unternehmen. Bei dieser Gebietspolitik wurden die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen sektoralen Politiken nicht berücksichtigt. Für die Lösung der Probleme in jedem einzelnen Sektor bedarf es aber eines sektorübergreifenden Managements. Diese Koordination der Befugnisse ist die Quintessenz der neuen, sogenannten territorialen Politik. Der derzeitige politische Wandel zielt darauf ab, die Beziehungen unter den verschiedenen Kompetenzebenen und ihre Entscheidungs- und Finanzkompetenzen zu überdenken. Dieser Wandel wird aber durch den Einfluss der Lobbies der sektoralen Politik erschwert, die in der EU und den einzelnen Staaten noch sehr viel Gewicht haben.

Die EU, ein Mehrwert für die Alpen?

Der «Mehrwert» Europas könnte durch den Aufbau und die Koordination einer neuen territorialen Politik, mittels der eine globalere Sicht des Alpenraums entwickelt wird, optimiert werden. In diesem Fall würde die EU einen Aktionsrahmen mit EU-Prioritäten, wie z.B. dem Umweltschutz oder dem multimodalen Verkehr, vorschlagen und diese finanziell unterstützen. Die Auswahl der prioritären Aktionen und nötigen Massnahmen läge dann aber bei den Regionen. Die lokalen AkteurInnen wissen über die Realität vor

Ort am besten Bescheid. Wenn sie mehr einbezogen werden, erhöht das die Erfolgchancen der EU-Politiken. Um dies zu erreichen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Einerseits muss die EU ein angemessenes Budget bereitstellen, und zwar v.a. im Bereich Verkehr. Dieses entspricht im EU-Haushalt derzeit etwa der Beihilfe für den Tabakanbau! Andererseits muss sich die EU zu konkreten Umsetzungsverfahren für die nachhaltige Entwicklung verpflichten. Dass dies heute nicht der Fall ist, zeigt allein der Druck, der auf die schweizerischen Behörden ausgeübt wurde, damit diese den 40-Tönnern die Durchfahrt durch ihr Land genehmigen, statt wie vorher nur 28-Tönnern. Schliesslich müssen die Alpenstaaten ihre Interessen einstimmig vertreten und sich gemeinsam hinter ein wirkliches Entwicklungsprojekt und die Aufwertung der Alpenkonvention stellen.

Koordination und Kohärenz: ein langer Weg

Die Zukunft dieser territorialen Politik ist weiter ungewiss. Die Alpen stellen zwar ein Versuchsgebiet der nachhaltigen Entwicklung in Europa dar, noch ist aber viel Arbeit auf dem Gebiet der Kohärenz auf Staats- und EU-Ebene zu leisten.

Das Programm Interreg III, das einen Programmpunkt «Alpine Regionen» umfasst, bot eine gute Gelegenheit, das oben Beschriebene in die Realität umzusetzen. Die seit zwei Jahren andauernden Verzögerungen und Unsicherheiten sind aber eine traurige Illustration des Koordinationsmangels zwischen den Alpenstaaten und der Unfähigkeit der EU, dieses Programm, das eine Chance für den Alpenraum darstellt, effizienter zu managen.

Die Eröffnungsreden der diesjährigen CIPRA-Jahresfachtagung hielten unter anderem der Präsident von CIPRA-International Andreas Weissen,...



© CIPRA-International

Die europäische Landwirtschaftspolitik

Der Landwirtschaftssektor stellt mit 48 Milliarden Euro für das Jahr 2001 den bedeutendsten Haushaltsposten der EU dar. Die Philosophie der EU-Landwirtschaftspolitik basiert im Wesentlichen auf der Konkurrenz mit Nordamerika. Sie wird also durch eine globale Handelsstrategie bestimmt und beruht nicht auf sozioökonomischen oder ökologischen Erfordernissen in Europa. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Landwirtschaft in Berggebieten und insbesondere in den Alpenregionen heute vor unüberwindbaren Schwierigkeiten steht.

Red. Die Berglandwirtschaft verliert in Zusammenhang mit der Internationalisierung der Märkte und der Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit. Der Rückgang ihres Marktwertes hat zu einem Einkommensrückgang und damit zu einer geringeren sozialen Wertschätzung geführt und ist ein wesentlicher Grund für die Entvölkerung der entlegenen Regionen im Alpeninneren. Die Schwierigkeiten, vor denen die Landwirtschaft steht, wirken sich auch auf die sozioökonomische Vitalität und die Biodiversität dieser Regionen aus.

Die Landwirtschaft am Schnittpunkt verschiedener Sektoren

Auch hier könnte die Krise durch eine territoriale Politik gelöst werden, die die Abstimmung zwischen öffentlichen und privaten Aktivitäten und Befugnissen sucht. So ist z.B. der Tourismus ein wertvoller Bündnispartner der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft muss in der Tat auf die Qualität ihrer Produkte, die von den KonsumentInnen – dazu zählen auch die Fremdenverkehrsgäste – gewünscht wird, setzen, und dafür wiederum auf ihre regionale Identität. Der Kauf eines Produktes wäre damit eine Unterstützung für das Gebiet, aus dem es kommt. Der Trumpf der Alpen ist ja ihre grosse Vielfalt. Um diese Potenziale auszuschöpfen, müssen die lokalen Ressourcen analysiert werden, wobei auch die sozialen Erwartungen jeder geografischen Region zu berücksichtigen sind. Es bedarf eines territorialen Ansatzes. Um die Instrumente der EU zu optimieren und ihre Umweltauswirkungen im Landwirtschaftsbereich zu verbessern, müssen Evaluierungswerkzeuge herangezogen werden. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde durch das Programm SUSTALP gemacht.

Die intensive Landwirtschaft stellt eine Gefahr für die landwirtschaftliche Vielfalt der Alpen dar. Die neuen Politiken müssen auf eine multifunktionale Landwirtschaft ausgerichtet sein, die sich auf Gütesiegel oder Herkunftsbezeichnungen stützt, welche ökologische Gesichtspunkte einbeziehen. Die in den Pflichtenheften enthaltenen Anforderungen und die Kontrolle ihrer Umsetzung sind wesentlich, um eine einwandfreie Qualität und die Glaubwürdigkeit gegenüber den KonsumentInnen zu erreichen. Die derzeitige Vertrauenskrise der KonsumentInnen gegenüber Produkten der «industriellen» Landwirtschaft ist eine Chance für eine «andere» Landwirtschaft.

Die Landschaftspflege, Resultat der extensiven landwirtschaftlichen Aktivitäten und zentrales Element für die regionale Identität, ist ein weiterer wichtiger verwandter Sektor der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftspolitik der EU und die alpine Vielfalt

Der europäischen Union wird der Vorwurf gemacht, die neuen territorialen Politiken noch nicht integriert zu haben. Sie braucht eine globale und transnationale, aber lokal angepasste Aktionsstrategie. Die lokalen und regionalen Unterschiede werden von der EU-Politik aber immer noch nicht berücksichtigt. Im landwirtschaftlichen Bereich steht die EU neuerlich vor politischen Widersprüchen. Das trifft insbesondere im Fall der Rohmilchprodukte zu, die von der Union verboten werden. Das versetzt zahlreichen Gebirgsspezialitäten den Todesstoss und hat damit auch Auswirkungen auf andere Bereiche, wie z.B. den Tourismus (geringere Anziehungskraft), die Landschaftspflege (Landschaften werden nicht mehr extensiv genutzt) und die Biodiversität.



...der Präsident von CIPRA-Frankreich René Sournia...



...und der Bürgermeister von Chambéry Louis Besson.

Das Gemeindefnetzwerk tagte in Liechtenstein



© CIPRA-International

**Rainer Siegele,
der alte und neue
Vorsitzende des
Gemeindefnetzwerks**

Red. Auf der Tagung des Gemeindefnetzwerks «Allianz in den Alpen» am 12. und 13. Oktober 2001 in Schaan, Liechtenstein, wurde dieses Jahr mit dem Thema «Verkehr-Raum-Planung» ein eher urbanistisches Problem behandelt. Nach der Begrüssung durch den Vorsitzenden des Gemeindefnetzwerks, Rainer Siegele, den Vorsteher von Schaan, Hansjakob Falk, und die Verkehrsministerin von Liechtenstein, Rita Kieber-Beck, begann die Tagung mit einem Impulsreferat über die Probleme der Alpengemeinden im Verkehrsbereich und die Möglichkeiten der Raumplanung zur Lösung dieser Probleme. Besonders im Alpenraum ist die Raumplanung von grosser Wichtigkeit. Die Knappheit des nutzbaren Raumes, die Naturgefahren und die ökologische Empfindlichkeit des alpinen Bereiches, die Übernutzung des Landschaftsraumes, der Tourismus mit seinen Belastungen, aber auch die teilweise Entleerung des Alpenraumes aufgrund fehlender oder mangelnder Existenzgrundlagen verlangen gut durchdachte Entwicklungsstrategien in diesem empfindlichen und gefährdeten

Lebensraum. Raum- und Verkehrsplanung sind wesentliche Elemente einer nachhaltigen Entwicklung. Die vielfältigen und innovativen Möglichkeiten der Raum- und Verkehrsplanung müssen in eine koordinierte und verantwortungsvolle Politik umgesetzt werden, wenn langfristige Entwicklungschancen und unsere Lebensqualität erhalten und gefördert werden sollen.

Ein Vertreter der Gemeinde Schaan präsentierte eine Bestandsaufnahme der Situation in der Gastgebergemeinde und analysierte den Umgang mit konkreten Verkehrsproblemen. Anschliessend wurde der Liechtenstein-Takt als regionaler Lösungsansatz von Verkehrsproblemen vorgestellt. In einer Podiumsdiskussion zum Thema «Möglichkeiten in den Netzwerkgemeinden: Isolierte Aktionen oder vernetzte Strategien?» brachten VertreterInnen aller Alpenländer ihre eigenen Erfahrungen ein und diskutierten Lösungsmöglichkeiten.

«Gemeinde der Zukunft»



© CIPRA-International

**Der erste Preis des
Wettbewerbs
«Gemeinde der
Zukunft» wurde der
Gemeinde Schleching
verliehen und von
Bürgermeister
Irlacher entgegen
genommen.**

Red. Eine siebenköpfige Jury mit VertreterInnen aus den Alpenländern bewertete die Beiträge zum Wettbewerb «Gemeinde der Zukunft», der vom Gemeindefnetzwerk «Allianz in den Alpen» ausgeschrieben worden war. Die Entscheidung ist gefallen: der Hauptpreis von 4000 € und der Titel «Gemeinde der Zukunft» wurden der Gemeinde Schleching für ihr ganzheitliches Projektkonzept verliehen. Die Nebenpreise erhielten die Gemeinden Cimego und Mittenwald. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Tagung des Gemeindefnetzwerks statt.

Bei den eingereichten Projekten ging es darum, dem nachhaltigen Gedanken der Alpenkonvention eine konkrete Form zu verleihen. Für die Bewertung wurden vier Hauptkriterien herangezogen: Zum ersten sollten die Projekte Teil eines nachhaltigen Gemeindekonzepts sein und die ökologische, ökonomische und soziale Komponente integrieren. Kreativität/Innovation und die Eignung zur Nachahmung in anderen Gemeinden waren zwei weitere Kriterien. Und vier-
tens wurde auch auf die Art der Durchführung geach-

tet: ob der Dialog in der Gemeinde stimmt, ob eine wirkungsvolle Erfolgskontrolle durchgeführt wird und ob so die Langfristigkeit der Wirkung sicher gestellt ist.

Die vier Kategorien konnten von 0 (entspricht nicht) bis 3 (sehr gut) in Punkten bewertet werden. Das Bewertungssystem war sehr robust, die Jury war sich im Ergebnis sehr einig.

Alle zehn eingereichten Projekte zeigten den Ideenreichtum und das Engagement in den Gemeinden. Doch die Gesamtpunktezahl des Siegers von 65 von 84 möglichen Punkten zeigt ebenso, dass die Entwicklung erst am Anfang steht.

Der Wettbewerb wird im Jahr 2002 wieder durchgeführt. Informationen dazu sind beim Gemeindefnetzwerk (siegele@maeder.at) oder bei der CIPRA (cipra@cipra.org) erhältlich.

Indikatoren der Nachhaltigkeit – eine zukunftsweisende Perspektive

Der Vorsitzende der Jury für den Wettbewerb «Gemeinde der Zukunft» plädierte anlässlich der Preisverleihung für eine Qualitätskontrolle der Arbeit der Netzwerk-gemeinden. Ein Netzwerk, bei dem es um nachhaltige Entwicklung geht wie beim Gemeindeforschungsnetzwerk, müsse ein dynamischer Prozess sein und bleiben.

Red. Wie kann man die Nachhaltigkeit, zu der sich die Mitgliedsgemeinden verpflichtet haben, mess- und nachprüfbar machen? Dabei ist der Ist-Zustand weniger aussagekräftig als der Prozess: nach einiger Zeit muss klar nachvollziehbar sein, ob und wie die Gemeinden ihre Entwicklungsziele erfüllt haben, um sagen zu können, der Prozess ist gelungen.

Es geht also darum, eine Art Nachhaltigkeitsbilanz in den Allianzgemeinden einzurichten. Anhand von Indikatoren lassen sich Erfolge und Misserfolge ohne allzu viel Aufwand darstellen. Und schliesslich lassen sich Fortschritte auf den unterschiedlichsten Aktivitätsfeldern auch im überregionalen oder internationalen Kontext vergleichen und sind leichter darstell- und vermittelbar. Die Jury des Wettbewerbs «Gemeinde der Zukunft», die zugleich der Netzwerkrat des Gemeindeforschungsnetzwerks ist, hätte hier in Zukunft die Aufgabe, diese Indikatoren zu sichten und damit für eine seriöse Durchführung dieser «Qualitätskontrolle» zu bürgen.

Transparente Energieeffizienz

Ein positives Beispiel einer Nachhaltigkeitsbilanz für das Handlungsfeld Energie ist die Energiebuchhaltung, die schon jetzt in manchen Netzwerk-gemeinden praktiziert wird. Die Energiebuchhaltung bietet Gemeinden ein nützliches Werkzeug für die Kontrolle und den Überblick über den Energieverbrauch von Gebäuden und energietechnischen Anlagen und über die Effizienz getroffener Einsparmassnahmen. Sie liefert wichtige Daten für die Auswahl und Planung von Verbesserungsmassnahmen und ist somit eine Basis für die Erkennung von Kosten- und Energiesparpotentialen. Durch die Beschäftigung mit dem eigenen Verbrauch und den eigenen Kosten wird ein erhöhtes Bewusstsein im Umgang mit Energie geschaffen. Diese Energiebuchhaltung lässt sich auch auf ganze Regionen ausweiten. Im Waldviertel in Österreich etwa werden die Energieverbrauchsdaten und die

Kosten in allen Gemeinden der Region monatlich erfasst und ausgewertet. Ziel ist eine Vergleichbarkeit der Daten. Missstände, Defekte von Anlagen und sinnloser Verbrauch lassen sich im regionalen Vergleich sichtbar machen, wodurch nachhaltigeres Wirtschaften zu erwarten ist.

Ein Beispiel einer Energiezertifizierung ist das vom Energieinstitut Vorarlberg betreute «e5-Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden». Nach dem Grad der Energieeffizienz, d.h. genutzte Prozente der Effizienzmöglichkeiten, werden Gemeinden mit einem bis zu fünf «e» ausgezeichnet. Ein Ziel für die Zukunft ist es, eine europaweit einheitliche Zertifizierung für energiepolitisch besonders engagierte Städte und Gemeinden zu schaffen.

Bewertung des Verkehrs

Auch zum Handlungsfeld Verkehr gibt es zahlreiche brauchbare Indikatoren, wie Energieverbrauch pro Kilometer, Emissionen pro Person, Lärm, Energieverbrauch pro Person, Verkehrsflächenverbrauch pro Person, Raumentrennung innerhalb der Gemeinde, Erreichbarkeit, Verkehrssicherheit, prozentualer Anteil der Länge der Fahrradwege an der Länge aller Verkehrswege. Der Verkehrsflächenverbrauch z.B. gibt an, ob die Gemeinde im Verhältnis zu Ihren EinwohnerInnen zu viele Verkehrsflächen wie beispielsweise Strassen und Parkplätze aufweist.

Wie beim Wettbewerb «Gemeinde der Zukunft» eine Integration der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension in den Projekten gefordert war, ist es auch bei den Indikatoren wichtig, dass neben der ökologischen die ökonomische und die soziale Komponente nicht unberücksichtigt bleiben.

In Schaan – in der Nähe des Kirchturms – fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Gemeindeforschungsnetzwerks statt.



© Jürgen Deubler

«Bevölkerung und Kultur»: ein Schlüsselprotokoll

Bei der Ausarbeitung der Alpenkonvention waren **Bevölkerung und Kultur** zentrale Themen der Überlegungen. Der gesunde Menschenverstand gebot, den Schutz und die Entwicklung in den Alpen nicht anzusprechen, ohne die Leute, die dort wohnen, zu berücksichtigen. Das Thema findet sich an erster Stelle der in Artikel 2 Absatz 2 der Rahmenkonvention angesprochenen Handlungsfelder. Heute wird lebhaft diskutiert, wann und wie das Protokoll «Bevölkerung und Kultur» verfasst werden soll.



© Christine Rehr

Bevölkerung
und Kuh-Itur

Red. Die Rahmenkonvention soll das richtungsgebende Rückgrat der Alpenkonvention sein. Sie enthält teils formelle Ausführungen, teils Grundsatzprinzipien. Artikel 2 gibt die grundlegenden Richtungen in den verschiedenen Arbeitsfeldern vor. Das erste angesprochene Thema ist «Bevölkerung und Kultur». Die Vertragsparteien sollen geeignete Massnahmen ergreifen, «mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und ausseralpiner Bevölkerung».

Die Einbeziehung der regionalen Akteure

Am Anfang war die Ausarbeitung der Alpenkonvention ein klassisches «Top-down»-Beispiel. Ende der 80er Jahre griffen die Staaten eine alte Idee, die sie für gut hielten, wieder auf und machten sich an die Verfassung des Textes der Rahmenkonvention. Erst seit 1994 werden die regionalen und lokalen Akteure in die Verfassung der Protokolle – je nach Staat mehr oder weniger – mit einbezogen. Es ist heute überholt, die Schwächen dieser ersten Phase weiterhin zu kritisieren. Wenn man die Rahmenkonvention ohne Vorurteile liest, hat man einen modernen und aktuellen Text vor sich, der sozio-ökonomische, kulturelle und ökologische Aspekte integriert – einen Vorläufer der Agenda 21 von Rio. Das Protokoll «Bevölkerung und Kultur» ist eine Gelegenheit, an dem Gebäude «Alpenkonvention» mitbestimmend weiterzubauen. Grundsätzlich bietet die Konvention eine fantastische Chance für die Alpen in einem Europa der Regionen.

Mehrwert «Alpenkonvention»

Der integrierte Problemlösungsansatz und die gemeinsame Zielsetzung für alle Alpenstaaten in einem territorialen Ansatz sind eine Chance, die endlich wahrgenommen werden muss. Wie alle Verträge dieser Art hat die Konvention ihre Schwächen. Doch ihre Existenz und ihre erfolgte Ratifikation sind schon Stärken an sich – und zusätzlich schafft sie einen ausgewogenen Rahmen für einen Ansatz, der sozio-ökonomische und ökologische Aspekte integriert. Sie ist in vielen Punkten nicht revolutionär, aber in ihrer Gesamtheit stellt sie ein wertvolles Instrument dar – vorausgesetzt, dass man sie auch anwendet. Es ist dringend notwendig, von den destruktiven Kritiken über die formellen Aspekte abzulassen. Die Alpenkonvention ist ein in Europa einzigartiges Instrument für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Inhalt ergibt sich aus dem Prozess

Heute ist es wichtig, über den Prozess nachzudenken, der zur Verfassung des Protokolls «Bevölkerung und Kultur» führen wird. Dieser muss partizipativ sein, die regionalen und lokalen Akteure mit einbeziehen, und die Diversität der traditionellen wie der neuen Kulturen berücksichtigen. Die Alpenkonvention ist für alle BewohnerInnen der Alpen gemacht, ob sie seit einem Jahr oder seit 10 Generationen hier leben. Bereits im Prozess zur Ausarbeitung des Protokolls «Bevölkerung und Kultur» muss diese Diversität integriert sein. Ein Prozess, der dem einen oder anderen der grossen kulturellen Gebiete in den Alpen eine vorrangige Rolle einräumt, wird ein unüberwindbares Problem für die anderen kulturellen Gebiete schaffen. Diese würden sich nicht mit dem Protokoll «Bevölkerung und Kultur» identifizieren können und damit auch nicht mit der Alpenkonvention im Allgemeinen.

Die Ministerkonferenz vom Oktober 2000 in Luzern (6. Alpenkonferenz) hat beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Unterlagen zum Thema «Bevölkerung und Kultur» zusammentragen soll. Die CIPRA fordert, dass dieses Mandat weit ausgelegt wird und dass mit den Vorarbeiten für ein Protokoll «Bevölkerung und Kultur» begonnen wird. Die Arbeitsgruppe unter italienischem Vorsitz hat noch nicht getagt.



Alpenstädte – Zwischen Metropolisierung und neuer Eigenständigkeit

Red. Die Städte spielen bisher in der Wahrnehmung der Alpen durch die Öffentlichkeit kaum eine Rolle, und auch in der Fachdiskussion sind sie erst in den letzten Jahren als Forschungsthema bemerkt worden. Auch in den Protokollen der Alpenkonvention fehlen die Städte. Die Urbanisationsprozesse in den Alpen sind aber gerade deshalb für den Alpenraum von besonderer Bedeutung, weil auch die Alpen in die europäische Arbeitsteilung einbezogen sind und europaweit die massgeblichen Entwicklungsimpulse seit geraumer Zeit von städtischen Zentren ausgehen. Nachhaltige Regionalentwicklung ist auch in den Alpen auf das Vorhandensein von Urbanität und zugleich auf ein von Kooperation geprägtes Verhältnis von Stadt und Umland angewiesen. Ohne Berücksichtigung beider Aspekte läuft eine flächenhafte Regionalentwicklung ins Leere.

Inzwischen lebt die Mehrheit der Alpenbevölkerung in Städten bzw. in deren verstädertem Umland. Das stärkste Bevölkerungswachstum findet am Alpenrand statt, der sich dadurch zum Einzugsgebiet der ausseralpinen Agglomerationsräume gewandelt hat. Mit diesem Einbezug von Teilen der Alpen in verschiedene europäische Grossregionen wird die Frage zunehmend schwieriger zu beantworten, wie die Städte der Alpen ihre Besonderheiten und relative Eigenständigkeit erhalten können. Beide Eigenschaften sind notwendig, um eine dauerhafte, nicht nur auf die Ökonomie beschränkte, Innovationsfähigkeit des Alpenraumes zu gewährleisten. Sie gewinnen noch zusätzlich an Bedeutung, weil die Verantwortung für die regionale Entwicklung zunehmend dezentralisiert

und auf die städtische Ebene verlagert wird. Die künftige Entwicklung in den Alpen wird dadurch bestimmt sein, in welchem Masse es den Alpenstädten gelingt, sowohl innerhalb eines europäischen Städtesystems aktiv vertreten zu sein, wie auch innerhalb ihres Einzugsbereiches enge Kooperationen mit dem ländlichen Umland aufzubauen und damit nachhaltige flächenhafte Nutzungsformen zu fördern.

Mit dieser Arbeit von Manfred Perlik wird erstmals eine alpenweite, auf Auswertung der Gemeindedaten der Alpendatenbank der Geographischen Institute Bern und Erlangen-Nürnberg beruhende Bestandsaufnahme der Städte mit ihren periurbanen Einzugsgebieten vorgenommen. Darauf aufbauend werden die Urbanisationsprozesse in ihren Konsequenzen für die Alpenstädte und für die Alpen als Grossraum innerhalb der europäischen Wachstumszone bewertet.

Der Inhalt dieser Arbeit in Kürze: Im 1. Teil geht es um den theoretischen Zugang – Städte als Schlüsselgrösse der Regionalentwicklung in den Alpen. Im 2. Teil werden empirische Untersuchungen zur Urbanisation und zur Strukturentwicklung der Alpenstädte vorgestellt. Im 3. Teil werden die aus Empirie und Theorie ableitbare Position und Perspektive der Alpenstädte beschrieben.

Manfred Perlik: Alpenstädte – Zwischen Metropolisierung und neuer Eigenständigkeit. Erschienen im September 2001. 246 Seiten, mit 38 Tabellen, 11 ausklappbaren Farbkarten und 2 Abb. CHF 45.–.



Bergfotokalender aus Zentralasien

Im Rahmen des Internationalen Jahres der Berge 2002 unterstützt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) das Programm «Haus der Berge» in Zentralasien. Ziel ist es, das Verständnis der Bevölkerung über die Lebensrealität in Bergregionen zu erhöhen. Das «Haus der Berge» hat seinen Sitz in Bishkek (Kirgistan) und dient als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und die Entwicklung innovativer Ideen von Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen.

Als kleine Visitenkarte verschenkt das Programm einen Kalender mit Bergfotografien aus Zentralasien, welcher bei der Schweiz. Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA bezogen werden kann, solange der Vorrat reicht. DEZA-Verteilzentrum, Postfach, 3000 Bern 23.

Babette Pfander, Beraterin bei CDE (Centre for Development and Environment), Verantwortliche für das Jahr der Berge in Bishkek/Kirgistan

Fallbeispiel Weissbuch

«Die Schule und mein Dorf» – ein Projekt der Gemeinde Budoia



© Gemeinde Budoia

Kinder erklären den Erwachsenen ihre Umgebung.

Red. «Vom Traum zum Projekt», so der Untertitel des umwelt- und sozialpädagogischen Projekts der Gemeinde Budoia. Das Projekt lief über drei Jahre. 5 Primar- und 2 Kindergartenklassen nahmen in diesen drei Jahren teil, insgesamt waren es 350 Kinder. Die Ergebnisse ermutigen zu einer Fortführung des Projekts.

Ein erster Schritt im Projektablauf war die Ausbildung der LehrerInnen unter dem Titel «Kooperation und Schule – die Umwelt berühren». Danach wurden Arbeitsblöcke in der Schule durchgeführt. Hier wurde in kleinen Gruppen mit SchülerInnen aus verschiedenen Schulstufen gearbeitet. Die Themen wurden nach Bedarf ausgewählt, wobei das Ziel im Vordergrund stand, die Schule als Ort der Begegnung zu erkennen und schätzen zu lernen. Eine wichtige Arbeitsmethode war der gegenseitige Austausch, wobei die Kinder Eigenschaften wie Problemlösungskompetenz und soziale Verantwortung entwickeln konnten.

Während des Projekts gab es verschiedene Aktivitäten, wie gemeinsame Musik mit Fachleuten oder Ausflüge ins Freiland, um Karten und Modelle herzustellen und Untersuchungen durchzuführen. Die Kinder

führten Erwachsene auf den Wegen der Umgebung und erzählten die Geschichte der Strecke, die sie gingen. Bei einem Dorffest wurden die Materialien ausgestellt, die während des Projekts erarbeitet worden waren.

Die nachhaltige Wirkung des Projekts ist allein schon dadurch gegeben, dass Kinder daran teilnehmen: sie tragen die Ideen nicht nur von der Schule nach Hause, sondern werden sie ihr Leben lang weiter tragen, vorausgesetzt das Projekt hat ihnen den Gedanken der Nachhaltigkeit eindrücklich nahe gebracht. Somit ist auch die Erfolgskontrolle implizit enthalten, sowohl langfristig als auch sehr direkt. Denn Kinder bewerten die Qualität eines Projekts durch ihre spontanen Reaktionen unmittelbar.

Protokoll «Naturschutz und Landschaftspflege»

Präambel: ...in der Überzeugung, dass die ansässige Bevölkerung in der Lage sein muss, ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung selbst zu definieren und an deren Umsetzung im Rahmen der geltenden staatlichen Ordnung mitzuwirken.

Fallbeispiel Schwarze Liste

Studie für ein neues Skigebiet

Red. Während die Seilbahnunternehmen des Oberwallis/CH Passiva von ungefähr 170 Mio € beklagen, bei einem Jahresumsatz 2000–2001 von 110 Mio € und einem Gewinn von 1 Mio €, wird die Machbarkeitsstudie für ein neues Skigebiet durch öffentliche Mittel unterstützt.

Im Rahmen eines Interreg II-Projekts wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, für den Bau von ungefähr 12 Skiliften im Gebiet von Monte Moro, an der Grenze zwischen der Schweiz und Italien, im hinteren Teil des Tals von Saas. Die nötige Summe von 150 000 € wird je zur Hälfte von Italien und der Schweiz getragen. Die betroffenen Regionen, die Regione Piemonte – Comunità montagna del Monte Rosa und die Region Visp-Raron West, tragen ebenfalls zur Finanzierung dieser Studie bei, ebenso wie der Kanton Wallis.

Für die Durchführung dieses Projekts müssten finanzielle Mittel in der Höhe von 110 bis 120 Mio € aufgebracht werden. Die Anlagen sind vor allem auf der

Schweizer Seite vorgesehen, da der italienische Teil zu sonnig und lawinengefährdet ist. Eine unterirdische Standseilbahn soll die Skifahrer von Italien in das Skigebiet bringen. Ein Hindernis für die Projektdurchführung ist ein vorhandenes Landschaftsschutzgebiet von kantonaler Wichtigkeit im Schweizer Teil. Diese Hochgebirgsregion ist noch unberührt und von unbestrittenem Wert.

Bei dem momentanen Zustand der öffentlichen Finanzen und der finanziellen Lage der Seilbahnunternehmen überrascht es, dass öffentliche Mittel im Rahmen des Interreg-Programms verschwendet werden.

Protokoll «Naturschutz und Landschaftspflege»

Art. 8: Planung – Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Massnahmen, um auf der Grundlage der Landschaftsplanung in Abstimmung mit der Raumplanung darauf hinzuwirken, dass die natürlichen und naturnahen Lebensräume der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie die übrigen Strukturelemente der Natur- und Kulturlandschaft erhalten bleiben und entwickelt werden.

© Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., München



Die Machbarkeitsstudie für ein neues Skigebiet wird durch öffentliche Mittel unterstützt.

INTERREG III – grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Red. INTERREG ist eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE für die Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union. Dabei soll in der dritten Auflage INTERREG III im Zeitraum 2000–2006 der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der EU gestärkt werden, anhand der Förderung grenzübergreifender (Ausrichtung A), transnationaler (Ausrichtung B) und interregionaler (Ausrichtung C) Zusammenarbeit. Fördergebiete sind das EU-Gebiet und angrenzende Regionen. Als prioritäre Themen werden u. a. Umwelt- und Ressourcenschutz, Raumentwicklung und Vernetzung im Transportwesen wie auch im Informationsfluss behandelt.

Im Rahmen von Programmen werden Projekte vorgeschlagen. Alle Akteure des öffentlichen und privaten Sektors – nationale, regionale oder lokale Behörden, Forschungsstellen, Universitäten, Organisationen usw. – können Projektvorschläge einreichen und sich um Fördermittel bewerben.

Das Programm **INTERREG III B Alpenraum** startete im Oktober 2001 mit einer Projektideenbörse, die den Austausch der Projektideen fördern und die transnationale Partnersuche erleichtern soll. Das Programm Alpenraum betrifft 22 Regionen in den vier EU-Mitgliedsländern Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien sowie auch die Nicht-Mitgliedsländer Schweiz, Liechtenstein und Slowenien. Siedlungen, Transportwesen und Ressourcen sind die Themen. Wer eine Projektidee hat, sucht Partner über die Grenzen hinweg und wendet sich an die regionalen Koordinationsstellen für die offiziellen Dokumente. Einen Überblick über die Projektideen in verschiedenen Alpenländern sowie Kontaktadressen und Links gibt es unter www.interreg.ch/alpinespace.

www.inforegio.cec.eu.int/wbpro/interregIII

GVO-freie ökologisch sensible Gebiete

Red. Bereits 1998 wurde von der CIPRA eine Resolution verabschiedet, in der eine «gentechnikfreie Zone Alpen» gefordert wurde. In der EU besteht seit 1998 ein Moratorium für die kommerzielle Nutzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO), d. h. es sind seitdem keine Genehmigungen für den Anbau transgener Pflanzen erteilt worden. Doch bereits vor einem Jahr hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, die Genehmigung von gentechnisch verändertem Saatgut wieder aufzunehmen.

Im Februar 2001 stimmte das EU-Parlament einer verschärften Reglementierung für die Zulassung von GVO zu. Die EU-Freisetzungsrichtlinie regelt die Freisetzung von GVO für Forschungs- und Entwicklungszwecke, die kommerzielle Nutzung, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und deren Vermarktung. Für jede einzelne Freisetzung eines GVO in die Umwelt ist weiterhin eine Genehmigung erforderlich, und bei allen Freisetzungsvorhaben muss die Öffentlichkeit informiert und angehört werden. Diese Vorschriften zur Transparenz und Beteiligung der

Öffentlichkeit sind neu. Die alten Grundsätze zur Einzelfallbewertung (case by case) und zur schrittweisen Vereinfachung und Öffnung bei zunehmender Erfahrung (step by step) sind weiterhin gültig. Die neue EU-Richtlinie sollte bis Oktober 2001 von den Mitgliedsländern in nationales Recht umgesetzt worden sein.

In der neuen Freisetzungsrichtlinie wird auch auf ökologisch sensible Gebiete eingegangen. Abänderungsvorschläge in diesem Sinne wurden zwar nicht übernommen, fanden aber letztlich Ausdruck in Artikel 19 Absatz 3 lit.c: Demnach muss die schriftliche Zustimmung der zuständigen Behörde ausdrücklich u.a. «...die Bedingungen für den Schutz besonderer Ökosysteme/Umweltgegebenheiten und/oder geographischer Gebiete» enthalten. Auch in den Anhängen gibt es besondere Hinweise in Bezug auf Angaben zum Ort der Freisetzung. Ist dies eine Chance für den Alpenraum?



© Karin Beck Anstalt, Triesen

Kann die neue EU-Freisetzungsrichtlinie diese Zukunftsaussicht verhindern?

EU-Weissbuch zum Verkehr

Entkoppelung und Effizienz, aber wann?

Am 12.9.2001 legte die Europäische Kommission das bereits seit langem angekündigte Weissbuch vor: «Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft».



© Gustav Wendelberger

Effizienz, Qualität und Sicherheit des Verkehrssystems – ein erklärtes Ziel des EU-Weissbuchs

Red. Eine funktionierende Volkswirtschaft benötigt einen funktionierenden Verkehr. Konflikte ergeben sich durch das gesteigerte Bedürfnis nach Mobilität auf der einen Seite und der Unzufriedenheit der Öffentlichkeit über chronischen Verspätungen und mangelnde Qualität der Leistungen bestimmter Verkehrsdienste auf der anderen Seite.

Im Weissbuch der EU ist nun das Ziel definiert, die europäische Verkehrspolitik in den nächsten zehn Jahren wieder stärker auf die Nachfrage und den Bedarf der BürgerInnen auszurichten. Bis 2010 ist geplant, zunächst den Schienenverkehr aktiv zu revitalisieren, die See- und Binnenschifffahrt zu fördern und den intermodalen Verkehr auszubauen. Damit werden auch ausgewogenere Verkehrsträgeranteile erreicht. Der Ausbau des europäischen Verkehrssystems soll für alle BürgerInnen Effizienz, Qualität und Sicherheit gewährleisten.

Der Druck auf die Umwelt und die Verkehrsüberlastung müssen vermindert werden. Dabei soll aber die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union nicht beeinträchtigt werden. Dies möchte man mit einer Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der ständigen Verkehrszunahme erreichen.

Ein wichtiger Schritt...

Die Europäische Kommission schlägt in ihrem Weissbuch rund sechzig Massnahmen vor, um eine nachhaltige Verkehrspolitik, auch in Anpassung an den Bedarf der europäischen BürgerInnen, zu entwickeln. Das Weissbuch ist in vier Teile gegliedert, entsprechend den grossen Zielen, die es zu erreichen gilt: ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Verkehrsträgern zu schaffen, Engpässe zu beseitigen, die Verkehrspolitik auf die BenutzerInnen auszurichten und die Globalisierung des Verkehrs zu bewältigen.

Dabei sind u. a. folgende Punkte wichtig: Vorrang für die Sicherheit im allgemeinen, Abbau der Überlastung, Schaffung eines auf Dauer tragbaren Verkehrssystems, Harmonisierung der Kraftstoffbesteuerung im gewerblichen Strassenverkehr, grosse Infra-

strukturvorhaben in Bezug auf die transeuropäischen Netze, Steuerung der Globalisierung des Verkehrs.

Damit überprüft werden kann, ob konkrete Ziele erreicht wurden, hat die Kommission beschlossen, dass zu bestimmten Zeitpunkten Zwischenbilanzen durchgeführt werden. 2005 wird eine umfassende Bilanz der Umsetzung der im Weissbuch vorgeschlagenen Massnahmen gezogen, bei der die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Massnahmen berücksichtigt werden sollen.

...auf einem langen Weg

Eine gemeinsame Verkehrspolitik allein kann nicht alle Probleme lösen. Sie muss in eine Gesamtstrategie einer nachhaltigen Entwicklung passen. Um ein dauerhaft umweltverträgliches Verkehrssystem schaffen zu können, bedarf es der Durchsetzung zahlreicher Massnahmen und ebenso des Einsatzes zahlreicher politischer Instrumente. Die Massnahmen, die in diesem Weissbuch vorgeschlagen werden, stellen nur die ersten Schritte einer längerfristigen Strategie dar.

Das Weissbuch wird nun den Vertragsparteien zur inhaltlichen Auseinandersetzung übermittelt. 1998 wurde das Weissbuch «Faire Preise für die Infrastrukturbenutzung» vorgelegt. Mit dem neuen Weissbuch ist der Bogen gespannt, doch es fehlen noch die Richtlinien, um die Vorschläge umzusetzen. Die Tarifierung der Infrastrukturnutzung etwa bietet grosse Chancen für den Alpenraum, denn dadurch könnten Systeme ersetzt werden, bei denen Rechte zur Durchfahrt sensibler Gebiete wie der Alpen rationiert werden, wie das österreichische Ökopunktesystem. Falls die Länder nicht aktiv werden, wird sich das Fazit darin erschöpfen, dass es ein interessantes Weissbuch mehr gibt, doch es wird keine nachhaltige Verkehrspolitik mit sich bringen.

Das Weissbuch kann unter

http://europa.eu.int/comm/energy_transport/de/lb_de.html abgerufen werden.

Strassentunnels in den Alpen

Europa krank am Verkehr

Wie viel Verkehr verträgt Europa? Nach dem Unfall im Gotthard-Tunnel erwachte Europa mit einer Katerstimmung. Von 1999 bis 2001 mussten zwei grosse Strassentransitachsen mitten im Alpenbogen wegen Bränden geschlossen werden.

Red. Jeder weitere Unfall ist immer ein Unfall zu viel. Und ein menschliches Strassenverkehrsoffer ist immer zu viel. Das betrifft jedes der jährlich 41000 Strassenverkehrsoffer in der EU ebenso wie die 47 Toten der Unfälle im Mont Blanc und im Gotthard. Die Mobilität hat ihre Kosten. Es muss alles daran gesetzt werden, die Risiken zu verringern. Obwohl bei jedem Unfall in einem Tunnel gewisse «grosse politische Geister» den Bau neuer Tunnelröhren empfehlen, ist zu wiederholen, dass die technischen und infrastrukturellen Lösungen in der jetzigen Entwicklungsphase des Güterverkehrs in Europa nichts bringen.

Zwei Studien, die von den österreichischen Ministerien für Wissenschaft und für Verkehr und vom deutschen Verkehrsministerium in Auftrag gegeben wurden, untersuchten die Anzahl der Unfälle in ein- und zweispurigen Tunnels. Sie zeigen, dass die Unterschiede minimal sind. Beide Studien kommen zu ähn-

lichen Ergebnissen: auf 100 Mio. gefahrenen Kilometern in einspurigen Tunnels wurden 12 bis 14 Unfälle erfasst, bei zweispurigen Tunnels zwischen 13 und 14.

Diese Zahlen zeigen, dass das Problem nicht mit dem Bau von neuen grossen Strasseninfrastrukturen gelöst werden kann. Die Bahn ist für ihre Sicherheit bekannt – daher ist es unverständlich, dass Italien, das zu einem grossen Teil von den alpinen Achsen Richtung Norden als Zugang zum europäischen Markt abhängig ist, die bereits bestehenden Schienenkapazitäten nicht ausschöpft und die vorhandenen Eisenbahnachsen nicht verbessert. Und Projekte wie das Projekt Lyon-Turin, das realistischerweise erst 2020 fertig gestellt sein wird, werden keine Lösung im Hinblick auf die vorhersehbare Steigerung des Güterverkehrs sein. Sie sind nur Blendwerk.

Es muss nun ein allgemeines System eines intelligenten und effizienten Verkehrs gefördert werden. Das kann durch eine schnelle Umsetzung des letzten Weissbuchs der europäischen Kommission (siehe S. 12) und des Protokolls «Verkehr» der Alpenkonvention geschehen.

© Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., München



Der Bau neuer Tunnelröhren ist keine Lösung für das europäische Verkehrsproblem.

Compagnie des Alpes

Ein Monopol zeichnet sich ab

Der Markt des Skitourismus ist nach Meinung der Wirtschaftler «überreif». Durch die erbarmungslose Konkurrenz mit billigen Fernreisen und die Überalterung der europäischen Bevölkerung nimmt die Anzahl der Wintersporttouristen ab. Die Branche muss sich also neu orientieren. Nun ist eine Finanzierungsgesellschaft dabei, die Kastanien aus dem Feuer zu holen: die CDA (Compagnie des Alpes). Diese Tochter der Caisse des dépôts, einer staatlichen Institution in Frankreich, investiert in die Seilbahngesellschaften.

Red. Die Compagnie des Alpes ist an Skigebieten von 15 Urlaubsorten in Frankreich, Italien und der Schweiz beteiligt. Mit 12 Mio. Tages-Skitouristen ist sie weltweit führend. 2002 wird sich die CDA an weiteren Skigebieten in Italien und Österreich finanziell beteiligen.

Die CDA investiert in rentable Skigebiete mit garantierter Schneesicherheit – aufgrund der Szenarien, die eine Klimaerwärmung vorhersagen. Nach Meinung der CDA erfüllen ungefähr 80 Skigebiete in Europa diese Bedingungen.

Bei einem Umsatz von 221 Mio € für das Geschäftsjahr 2000/2001 – das entspricht einem Wachstum von 20% im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum – hat die CDA einen Gewinn von 72 Mio € bekannt gegeben.

Sehr wahrscheinlich wird sich das Wintersportangebot in wenigen Tourismushochburgen konzentrieren. Es ist deshalb notwendig, dass die mittleren und kleinen Orte mit geringer Überlebenschance ihr Angebot diversifizieren und ihre Besonderheiten hervorheben. Damit wird das alpine Tourismusangebot erweitert. Die grossen Tourismusorte sind ebenfalls an einem Angebot in ihrer Umgebung interessiert, das sich von ihrem eigenen grundlegend unterscheidet.

Wechsel im CIPRA-Vorstand

Peter Hasslacher trat nach sechs Jahren im Vorstand von CIPRA-International von seinem Amt als CIPRA-Vizepräsident zurück. Seine Nachfolgerin ist Katharina Lins aus Vorarlberg. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wieder gewählt.



©CIPRA-International

Peter Hasslacher verlässt nach sechs Jahren den Vorstand der CIPRA-International.

Peter Hasslacher verlässt nach sechs Jahren fruchtbarer Zusammenarbeit den Vorstand von CIPRA-International. Schon vor seiner Wahl zum zweiten Vizepräsidenten im Jahr 1995 war der langjährige Leiter der Fachabteilung Raumplanung und Naturschutz des Österreichischen Alpenvereins (OeAV) eng mit der CIPRA verbunden. So verfasste er im Jahr 1992 ein 80seitiges Dokument zu den alpinen Ruheazonen, das bis heute als Grundlagenwerk dient.

Als Vizepräsident von CIPRA-International legte Peter Hasslacher den Schwerpunkt seiner Aktivitäten auf die Alpenkonvention. Sein Sachverstand und seine Hartnäckigkeit haben wesentlich dazu beigetragen, dass das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention im Oktober 2000 endlich die Kurve kriegte. Als die Verhandlungen 1997 völlig blockiert waren, reiste er zusammen mit dem Obmann des Transitforums Austria Tirol, Fritz Gurgiser, und Reinhard Gschöpf nach Deutschland und konnte dort den Vorsitzenden der deutschen Delegation zu einer Fortsetzung der Verhandlungen bewegen.

Besonders wertvoll ist auch die Bibliographie zur Alpenkonvention, in der Peter Hasslacher mit seiner Fachabteilung beim OeAV alljährlich alle wichtigen Publikationen zum Thema insbesondere im deutschen Sprachraum erfasst. In diesem Jahr veröffentlichte er zudem die bereinigten Texte der Alpenkonvention und ihre Protokolle in Form einer handlichen Broschüre.



Die Vorarlberger Naturschutzanwältin Katharina Lins wurde als neue Vizepräsidentin gewählt.

Wir Kollegen im Vorstand von CIPRA-International schätzten neben seinem Wissen und seinem strategischen Verstand ganz besonders sein Temperament. Peter Hasslacher liess nichts und niemanden gleichgültig. Und wenn er sich mal so richtig ärgerte, weil beim Alpenprozess mal wieder alles schief lief, rappelte er sich rasch wieder auf und unternahm einen erneuten Anlauf. Neben seiner Ausdauer halfen dabei sein Humor und sein Schalk, Rückschläge zu überwinden und neue Hoffnung zu schöpfen.

Wir danken Peter Hasslacher von Herzen für sein unermüdliches, wertvolles Engagement. Auch wenn er jetzt ins Glied zurück tritt, wird er der CIPRA-International weiterhin verbunden bleiben, insbesondere als Vorstandsmitglied von CIPRA-Österreich. Zudem wird er hoffentlich noch lange mit uns zusammen die Weiterentwicklung der Alpenkonvention als Vertreter des Club Arc Alpin (CAA) hautnah mit verfolgen und mit beeinflussen.

Andreas Weissen, Schweiz, als Präsident, Helmut Moroder, Italien, als 1. Vizepräsident und Josef Biedermann, Liechtenstein, als Schatzmeister wurden von der CIPRA-Delegiertenversammlung in Chambéry vom 25. Oktober einstimmig wieder gewählt. Ebenfalls einstimmig wurde die Landschaftsökologin Katharina Lins, Österreich, zur zweiten Vizepräsidentin und Nachfolgerin von Peter Hasslacher gewählt. Katharina Lins ist Naturschutzanwältin für Vorarlberg und seit eineinhalb Jahren im Vorstand von CIPRA-Österreich tätig. Als Naturschutzanwältin arbeitet sie schon länger an der Schnittstelle Naturschutz, NGOs und Verwaltung. Ihre Anliegen sind u.a. die grenzüberschreitende Lösung von Umweltproblemen und daher auch eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit.

Andreas Weissen, Präsident CIPRA-International

SOS! Motorschlitten im Val Maira

Das Val Maira (Piemont) ist ein beliebtes Tal für kulturelle Ausflüge, Wanderungen zu Fuss oder zu Pferd und Touren mit Ski oder Schneeschuhen. Dieses Tal ist jetzt durch eine geplante Strecke für Motorschlitten in Vallone di Marmora gefährdet. Das «Zusammenleben» von Skitourengehern, Wanderern und Motorschlitten wird nicht einfach sein. Befürchtet wird

auch, dass dieses Projekt, das von der Comunità Montana initiiert wurde, die wirtschaftlichen Strukturen des Tourismus im Tal gefährden wird, da bis jetzt die Entwicklung Richtung Ausflugstourismus ging.

Francesco Pastorelli, CIPRA-Italien

Alpenstadt: Die Sechste

Am Anfang war es nur eine Idee. Inzwischen ist es zu einer der spannendsten Geschichten in den Alpen geworden.

In der südfranzösischen Stadt Gap läuft seit dem vergangenen November der Countdown zur «Alpenstadt des Jahres 2002». Seit der entscheidenden Alpenstadt-Jury-Sitzung in Villach werden die BürgerInnen von Gap vorbereitet, damit auch in dieser Stadt am Rande des Nationalparks Les Ecrins der Anfang für eine neue Form der Entwicklung der Städte in den Alpen geschaffen werden kann. Wie schon vorher in Villach, in Belluno, in Maribor und heuer in Bad Reichenhall. Im November fiel auch die Entscheidung für 2003. Erstmals kommt mit Herisau eine Schweizer Stadt «zum Zug».

Was 1997 in Kärnten begann und sich ursprünglich nur alle zwei Jahre anderswo in den Alpen wiederholen sollte, wurde zu einer lebendigen Entwicklung, die in keiner der bisherigen Städte bisher aufgehört hat.

Fünf Alpenstadt-Ziele

Den Rahmen für das Projekt «Alpenstadt des Jahres» bilden die fünf Ziele, die sich die Verantwortlichen von Anfang an gesetzt hatten: 1. Identität – das Alpenbewusstsein stärken, 2. Partizipation – die Bevölkerung beteiligen, 3. Funktion – Brücken zur Region schlagen, 4. Vision – die Zukunft im Sinne der Alpenkonvention gestalten, 5. Kooperation – Zusammenarbeit und Kontakte.

Die Wege zur Erreichung dieser Ziele müssen in jeder neuen Stadt anders angelegt werden, die inhaltliche Umsetzung bleibt unverrückbar.

Aus der ursprünglich erdachten «Öffentlichkeitsarbeit für den Lebensraum Alpen» ist, vergleichbar mit einem lebenden Organismus, eine Bewegung geworden. Der Titel «Alpenstadt des Jahres» darf dabei nicht als Auszeichnung sondern als Auftrag, als Herausforderung angesehen werden. Es geht um eine neue Form, die Zukunft einer Stadt und ihres Umlandes nachhaltig zu gestalten.

Das Miteinander steht dabei im Mittelpunkt. Gleichzeitig geht es um die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Organisationen und NGOs. Ein komplizierter Prozess, nicht nur für die Städte! Und für jede Kommune bedeutet dieser Titel letztendlich ein Umdenken, ein Verlassen herkömmlicher Wege. Im Kopf und auf der Strasse.

Der Beginn eines langen Weges

Das Veranstaltungsjahr selbst ist nur der Beginn eines langen Weges in eine richtige Zukunft. Nach der Feststellung des «status quo» werden Ziele gesteckt. Kurz- und längerfristige, schwerer und leichter erreichbare. Die Einbeziehung aller Bevölkerungskreise steht zu meist am Anfang. Am Ende des Jahres kann, wie zum Beispiel in Villach, ein Naturpark oder eine völlig neue «Stadt-Umland-Kooperation» stehen.

Auch in Maribor gilt der Naturpark am «Pohorje» als sicher. Damit auch die Zusammenarbeit zwischen den bisherigen und den zukünftigen Alpenstädten entsprechend funktioniert, hat Bad Reichenhall eine eigene Homepage eingerichtet. Unter www.alpenstadt-2001.de erfährt man vieles über das eigentliche Thema, kommt über «Links» zu den anderen Alpenstädten und den Juryorganisationen, kann sich über e-mail-Adressen in die Diskussion einmischen. Und wenn den Städten noch manchmal der Kontakt zu den NGOs schwer fällt oder gar fehlt, dann sind letztere gefordert, sich selbst einzubringen. Entweder direkt, über die Juryorganisationen (CIPRA, Pro Vita Alpina, ARGE Alpenstädte) oder über den Verein «Alpenstadt des Jahres», Rathausgasse 8/II, A-9500 Villach, Telefon und Telefax: +43-4242-219395, E-Mail: alpenstadt@aon.at

Gerhard Leeb

©Planet Alpen



Es begann 1997 in Villach, der ersten «Alpenstadt des Jahres»...

2002 wird Gap die «Alpenstadt des Jahres» sein.

©Planet Alpen



Binding-Preis 2001 an die CIPRA

Die CIPRA erhielt am 23. November 2001 den grossen Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz in der Höhe von CHF 50 000.



©Klaus Schädler

CIPRA-VertreterInnen aus allen Alpenländern waren bei der Übergabe des grossen Binding-Preises in der Höhe von CHF 50 000 anwesend.

Red. Mit der Zuerkennung des Binding-Preises für Natur- und Umweltschutz soll die Auseinandersetzung mit Umweltproblemen in der Öffentlichkeit gefördert werden. Der Schwerpunkt der zu würdigenden Leistungen von engagierten Persönlichkeiten und Personengruppen soll auf einer zukunfts- und umsetzungsorientierten Befassung mit Umweltfragen liegen.

Die Laudatio wurde von Kuratoriumsmitglied Mario F. Broggi, Direktor der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, gehalten. Als wichtige Verdienste der CIPRA hob Broggi die

Recherche und Aufbereitung von alpenweit relevanten Daten und Fakten sowie die kompetente und mehrsprachige Kommunikationsarbeit hervor. Das Kuratorium und der Stiftungsrat würdigten mit dieser international bedeutsamen Anerkennung auch die Verdienste der CIPRA um die Alpenkonvention, die man als Kind der CIPRA bezeichnen dürfe. Weiter wurde die Bedeutung der CIPRA-Projekte wie das Gemeindeforschungsnetzwerk «Allianz in den Alpen» und die Sommerakademie in Liechtenstein hervorgehoben.

Der grosse Binding-Preis für Natur- und Umweltschutz wurde von Sophie (†) und Dr. Karl Binding (†) gestiftet. Diese haben mit zwei Stiftungen, in Basel/CH und Schaan/FL, bedeutende Mittel für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt.

CIPRA sucht Informationsbeauftragte/n

Die CIPRA sucht per 1. März 2002 oder nach Über-einkunft eine/n ProjektleiterIn für ein neues Informationsprojekt.

Der/die BewerberIn sollte über folgende Eigenschaften verfügen: Deutsch als Muttersprache, Redaktions-erfahrungen, eine schnelle Auffassungsgabe, einen sehr guten schriftlichen Ausdruck, zumindest passiv sehr gute Kenntnisse in Französisch oder Italienisch

sowie Englisch, sehr gute EDV-Kenntnisse, hohe kommunikative Kompetenz, breites Interesse an verschiedensten Fachgebieten.

Arbeitsort ist Schaan/Liechtenstein. Bewerbungen sind an die CIPRA, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan, zu richten. Geschäftsführer Andreas Götz steht gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung (Telefon +423 237 40 30, goetz@cipra.org).



Die Aage V. Jensen Charity Foundation, Vaduz (FL), fördert die Herausgabe dieses CIPRA-Infos mit einem finanziellen Beitrag.

IMPRESSUM

Mitteilungen der CIPRA
Erscheint 4 Mal jährlich

Impressum Mitteilungen der CIPRA - Erscheint 4mal jährlich - Redaktion (red.): Andreas Götz, Michel Revaz, Elke Haubner, Léa Dubois - CIPRA-International - weitere AutorInnen: Andreas Weissen, Francesco Pastorelli CIPRA-Italien, Gerhard Leeb, Babette Pfander - Übersetzungen: Fabienne Juillard, Carlo Gubetti, Nataša Leskovic-Uršič - Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht - Gedruckt auf Altpapier - Deutsche, französische, italienische und slowenische Ausgabe - Gesamtauflage: 13 850 Stück - Druck: Gutenberg AG, Schaan/FL

CIPRA-International, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel.: 00423 237 40 30, Fax: 00423 237 40 31, cipra@cipra.org, www.cipra.org

Nationale Vertretungen

CIPRA-Österreich, c/o Umweltdachverband, Alserstrasse 21/1/5, A-1080 Wien
Tel.: 0043 1 401 13 36, Fax: 0043 1 401 13 50,

cipra@umweltdachverband.at, www.umweltdachverband.at/cipra

CIPRA-Schweiz, c/o Mountain Wilderness, Postfach 1622, CH-8040 Zürich
Tel.: 0041 1 461 39 00, Fax: 0041 1 461 39 49, cipra@mountainwilderness.ch

Neu! CIPRA-Deutschland, Heinrichgasse 8, D - 87435 Kempten/Allgäu,
Tel.: 0049 89 54 42 78 50, Fax: 0049 89 54 42 78 99, info@cipra.de, www.cipra.de

CIPRA-France, 5, Place Bir hakeim, F-38000 Grenoble,
Tel.: 0033 476 01 89 08, Fax: 0033 476 01 89 07, cipra.france@wanadoo.fr

CIPRA-Liechtenstein, c/o LGU, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan

Tel.: 00423 232 52 62, Fax: 00423 237 40 31, lgu@lgu.li, www.lgu.li

CIPRA-Italia, c/o Pro Natura Torino, via Pastrengo 20, I-10128 Torino

Tel.: 0039 011 54 86 26, Fax: 0039 011 534 120, cipra@arpnet.it

CIPRA-Slovenija, Večna pot 2, SI-1000 Ljubljana, Tel.: 00386 1 200 78 00 (Int. 209), cipra@gozdis.si

Regionale Vertretung:

CIPRA-Südtirol, c/o Dachv. f. Natur- u. Umweltschutz, Kornpl. 10, I-39100 Bozen

Tel.: 0039 0471 97 37 00, Fax: 0039 0471 97 67 55, info@umwelt.bz.it; www.umwelt.bz.it

Förderndes Mitglied:

Niederlandse Milieu Groep Alpen (NMGa), Keuchenushof 15, 5631 NG Eindhoven,
Tel.: 0031 40 281 47 84, nmgag@bergsport.com, www.nmgag.bergsport.com

Adressberichtigungen nach Anl. Nr. 552 melden.

Zutreffendes durchkreuzen - Marquer ce qui convient Pore una crocetta secondo il caso	U- Nicht angenommen	Gestorben
Weggezogen	U- bekannt abgelehnt	Decede
Wohnsitzänderung	U- unbekannt	Deceduto
Abmeldung	U- keine Angabe	Respiato
Bitte die Rückpedition expiré	U- keine Angabe	Respiato
Traslocato	U- keine Angabe	Respiato
Termine di rispetazione scaduto	U- keine Angabe	Respiato
Adresse ungenügend	U- keine Angabe	Respiato
Indirizzo insufficiente	U- keine Angabe	Respiato
Indirizzo insufficiente	U- keine Angabe	Respiato